Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.40 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mk. Durch die Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 13.20 Mk., monatlich 4.40 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.40 Mk., monatlich 4.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 180 Pfg., sonst 250 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9 Uhr vorm. Für Fehler in Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 233 — Donnerstag, den 7. Oktober 1920 — 15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Nach einer Meldung des United-Telegraph ist am Dienstag in Riga der Vorfrieden zwischen Rußland und Polen unterzeichnet worden.

•

Nach einer Meldung der Daily Mail aus Rom ist die Hauptstadt von Tripolis am 30. v. M. Frankreich feierlich übergeben worden.

•

In der Sitzung der Friedenskonferenz am Dienstag in Dorpat wurde der Friedensvertrag zwischen Finnland und Rußland definitiv angenommen. Das Abkommen wird in einer Woche unterzeichnet werden.

Die polnisch-französische Freundschaft.

Die Abstimmung in Oberschlesien rückt näher und näher. Infolgedessen werden von den Polen alle möglichen Versuche gemacht, um das Abstimmungsergebnis für sich günstig zu gestalten. Dabei verschmäht Polen kein Mittel, und insbesondere verläßt man sich jetzt wieder auf die Freundschaft der französischen Bundesgenossen. So sind eine Reihe von Sonderkorrespondenten der großen französischen Blätter in Oberschlesien tätig, um durch ihre Berichte in Paris die nötige Stimmung zu machen. Daß diese Stimmung sich gegen Deutschland richtet, ist nur selbstverständlich. Es ist aber interessant, festzustellen, daß die Franzosen, die so sehr den Versailler Friedensvertrag als die Grundlage ihrer ganzen Politik betrachtet wissen wollen, jetzt daran gehen, eine Verletzung des Versailler Friedensvertrages vorzubereiten, und zwar handelt es sich darum, einem großen Teil der Abstimmungsberechtigten das Stimmrecht zu entziehen. Zuerst haben nur einige polnische Blätter Oberschlesiens den Versuch gemacht, der von vornherein scheitern mußte. Jetzt aber hat sich die Angelegenheit zu einer größeren Aktion ausgewachsen, da die französischen Korrespondenten sich den ganz unhaltbaren polnischen Argumenten angeschlossen haben und nun in Paris für eine Umstellung der klaren Bestimmungen des Versailler Vertrags plädieren. Es handelt sich um den Artikel 88 des Friedensvertrags, und die Polen versuchen nunmehr aus diesem Artikel herauszulesen, daß nur die tatsächlichen Einwohner Oberschlesiens abstimmungsberechtigt seien, daß aber nicht alle diejenigen, so wie es ganz klar nach dem Wortlaut des Friedensvertrages heißt, Berechtigung zur Abstimmung haben, die in Oberschlesien geboren sind. An sich brauchte man sich mit dieser Rechtsfrage, die gar keine Rechtsfrage ist, gar nicht zu befassen, aber da den Polen im Verein mit den Franzosen kein Versuch unmöglich erscheint, wenn er sich gegen Deutschland richtet, so muß rechtzeitig auf das aufmerksam gemacht werden, was hier im Entstehen ist, und rechtzeitig muß daher auf das völlig klare Recht hingewiesen werden, das die deutschen Abstimmungsberechtigten, die im Deutschen Reiche selbst wohnen, haben, und das sie sich unter keinen Umständen rauben lassen werden. Daß die französischen Korrespondenten natürlich auch mehr oder weniger tolle Lügen auftischen, ist leider ebenfalls Tatsache. So wird u. a. behauptet, daß von 1895 bis 1910 888 884 Polen gezwungen worden seien, auszuwandern. Dafür seien aber 856 805 Deutsche ins Land gekommen. Diese genauen Zahlen, die hier angegeben sind, sind natürlich nichts als Bluff, nichts als plumpe Lüge, aber gerade die präzise Angabe soll dazu dienen, den Pariser und der Entente überhaupt Sand in die Augen zu streuen. Der Versuch, der jetzt unternommen wird, wird scheitern, denn das eine kann gesagt werden, daß Deutschland bis zum Letzten auf die Bestimmungen des Versailler Vertrags, die sich auf die Abstimmung in Oberschlesien beziehen, bestehen und sich kein Titelchen von seinem Recht nehmen lassen wird.

•

Gewährung der Autonomie an Oberschlesien?

Der preußische Minister des Innern Severing hat sich einem Vertreter des Petit Parisien gegenüber über Oberschlesien geäußert und u. a. gesagt: Um besonderen Wünschen oberschlesischer Kreise Rechnung zu tragen, hat sich die Reichsregierung im Einvernehmen mit der preußischen Regierung zu der Erklärung verstanden, daß, wenn die Abstimmung in Oberschlesien dessen Verbleiben bei Deutschland ergibt, die bundesstaatliche Autonomie gewährt wird, sobald dieser Wunsch in einem Volksgesetz zum Ausdruck gebracht werden sollte. Auf eine Frage, ob man zu einem erträglichen Verhältnis mit Polen kommen könnte, entgegnete der Minister: Was mich betrifft, so werde ich bemüht sein, erträgliche Verhältnisse mit Polen herzustellen. Ich glaube, daß auch die deutsche Außenpolitik dieses Ziel im Auge hat, aber zum Vertragen gehören zwei.

Wissel über die Wirtschaftslage.

Auf dem Betriebsrätekongreß in Berlin referierte Rudolf Wissel über die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Er schilderte den landwirtschaftlichen Raubbau, der die Verminderung unserer Ernte zur Folge hat, wies auf die Verluste unserer Grenzgebiete durch den Friedensvertrag und auf die ungeheure Steigerung unserer Einfuhr nach Kriegsende hin, und warf die Frage auf, ob unsere Wirtschaftsform so beibehalten werden könne, wenn wir aus der gegenwärtigen mißlichen Lage herauskommen wollten. Unter anderm führte er aus: Vor allem braucht die Textil- und Eisenindustrie das Rückgrat unserer Wirtschaft: Rohprodukte aus dem Auslande. Im Frieden hat Deutschland 46 Millionen Tonnen Eisenerze verhüttet, von denen 10 Millionen Tonnen aus dem Auslande kamen. Von den restlichen 36 Millionen Tonnen Erzen, aus denen wir Eisen gewannen, bezogen wir 28 Millionen Tonnen aus Elsaß-Lothringen und Luxemburg. Diese Gebiete sind heute Ausland für uns. Außer den obengenannten Mengen Eisen erzeugten wir im Frieden 19½ Millionen Tonnen Eisen. Wir dürfen außerordentlich zufrieden sein, wenn es uns im kommenden Jahre gelingt, die Eisenproduktion um 50 v. H. zu steigern. Wenn wir wenigstens 12 Millionen Tonnen Eisenerze aus dem Auslande beziehen, so vermögen wir den vierten Teil unserer Friedensproduktion, etwa 4½ Millionen Tonnen Eisen, zu gewinnen. Im letzten Jahre hat Deutschland 6½ Millionen Tonnen Roheisen verarbeitet. Aber da standen uns noch 2½ Millionen Tonnen Eisen in Form von Granaten und Schrapnells zur Verfügung. Es war ein sehr teures Rohmaterial, aber wir hatten es doch wenigstens. Bei der allgemeinen Steigerung der Preise müssen wir heute, wenn die Einfuhrbedürfnisse von 1913 zugrunde gelegt werden, 22 Milliarden Goldmark einführen, in Papiergeld umgerechnet, bedeutet das ein Einfuhrbedürfnis in Höhe von 200 Milliarden jährlich. Niemand ist so optimistisch, zu glauben, daß wir soviel Waren für die Ausfuhr erzeugen könnten, um auch nur die Hälfte der Einfuhr damit begleichen zu können. Die Besserung der Einfuhr, so erklärte Wissel weiter, hat uns eine Fülle unnötiger Waren gebracht und gleichzeitig zu einem weiteren Sinken der deutschen Mark beigetragen. Die Wirtschaft ist zu einem Spiel- und Tummelplatz des rücksichtslosen Spekulantentums geworden. Leider gibt es noch viele Betriebsräte, die in das Horn des Unternehmertums stoßen. Es kann einem leid tun, ob dieses Mangels an volkswirtschaftlichem Wissen unserer Arbeiter. Mit diesem ewigen Gegeneinander in der Wirtschaft geht es nicht weiter. Unseren Betriebsräten erwächst die Aufgabe, auf eine möglichst sparsame Wirtschaft hinzuarbeiten. Diese Sparsamkeit kann durch eine weitgehende Verwendung einheimischer Rohstoffe erzielt werden, ferner durch eine rationelle Wärmewirtschaft, durch zeitgemäße Organisation der Betriebe zur Erzielung des höchsten Wirkungsgrades, durch die Typisierung und Normung, sowie durch eine planmäßige Fachausführung der Arbeit.

•

In der Mittwoch-Sitzung des Betriebsrätekongresses beantragte die linke radikale Opposition, wegen der Ausführungen des gestern nachmittag amtierenden Vorsitzenden Aufhäuser gegen die Begrüßungsansprache des russischen Delegierten Losowski, Aufhäuser und den zweiten Vorsitzenden Graßmann, welch letzterer sich auf die Seite Aufhäusers gestellt hatte, abzusetzen. Dieser Antrag wurde schließlich abgelehnt. Im weiteren Verlaufe der Sitzung erschien eine Arbeitslosendelegation im Saale, welche angeblich den Reichsarbeitslosenrat vertritt. Namens des Reichsarbeitslosenrates verlangte Schmidt-Berlin, daß die Erwerbslosen auf diesem Kongreß Sitz und Stimme bekämen, und daß der Kongreß Endgültiges für die Arbeitslosen schaffe. Der Kongreß beschloß, daß die Arbeitslosenprobleme im Rahmen der übrigen Debatte zu behandeln seien. Die Mandatprüfungskommission stellte fest, daß 953 Delegierte anwesend sind, und zwar von 65 Organisationen, unter denen die der Landarbeiter die stärkste ist. Darauf ging der Kongreß zur Diskussion über die vorgestrigen Referate von Wissel und Dr. Hilferding über.

Für den Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland.

Der Präsident der Deutschösterreichischen Republik Karl Seitz erklärte zu der bevorstehenden Abstimmung über den Anschluß an Deutschland, daß diese Abstimmung nicht vorgenommen werde, weil irgendwie Zweifel über die Wünsche des Volkes beständen, sondern weil der Wille Deutschösterreichs in derjenigen Form Ausdruck finden sollte, der heute die größte internationale Bedeutung zukomme und der keine Nation Anerkennung verweigern könne. Deutschösterreich gebe die Hoffnung nicht auf, daß ein völkerrechtlicher Weg zu dieser Einigung gefunden werde. In der gleichen Art sprach sich der deutschösterreichische Gesandte in Berlin Prof. Hartmann aus, der betonte, daß mit der Abstimmung der erste Schritt zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschösterreicher im Rahmen der geschlossenen Verträge getan werden soll. Die größte Schwierigkeit bereite der Verwirklichung des Anschlußgedankens die irregeleitete öffentliche Meinung in den Ländern des Westens. Dort versuche man sich immer wieder einzureden, daß ein großer Teil Deutschösterreichs den Anschluß an das Deutsche Reich nicht wolle. Wie eine Zeitungs-Korrespondenz meldet, erklärte ferner Staatssekretär Dr. Mayer in einer in Fulnek abgehaltenen Versammlung bezüglich der Anschlußfrage, daß der Anschluß doch endlich in irgendeiner Weise ob politisch oder wirtschaftlich zustande kommen müsse. Der Eintritt Oesterreichs in eine Donauföderation sei ein Unding, und er glaube, daß auch die Entente diesen Plan bereits fallengelassen habe.

•

Die Pariser Blätter beschäftigen sich weiterhin mit der Anschlußfrage Deutschösterreichs und geben die Schuld an dem Beschluß der österreichischen Nationalversammlung, dem Friedensvertrag, der Oesterreichs Existenz unmöglich mache. Action française meint, die Ursache des wirtschaftlichen Zusammenbruchs Oesterreichs sei der Friedensvertrag, der bewirke, daß 7 Millionen Menschen, armselige Ueberreste eines zerstückelten Staates, der Anziehungskraft des anderen Reiches unterliegen. Wenn Deutschland alle deutschen Elemente an sich gerissen haben werde, würde die Reihe an die Tschechoslowakei und Polen kommen. Mitteleuropa werde dann deutschem Einfluß ausgeliefert werden. Wenn die französische Politik diese zutage liegenden Gefahren außer acht lasse und die begangenen Fehler übersehe, so sei sie verurteilt, in die Irrtümer eines Tardieu und Napoleon III. zurückzufallen.

Der Diplomat Erzberger.

Der Führer der Mehrheitssozialisten Scheidemann hatte sich im Vorwärts unwillig darüber geäußert, daß dem volksparteilichen Vizekanzler Dr. Heinze vor kurzem der Gesandtenposten in Bukarest angeboten worden sei. Die deutsche Republik könne im Auslande nur von einem Republikaner vertreten werden, und es wäre ein Possenspiel, so angesichts unserer Lage geradezu ein Verbrechen, Dr. Heinze als Bevollmächtigten des neuen Deutschlands ins Ausland zu schicken. Nun führt in der Kreuzztg. der frühere deutsche Botschafter in Wien Graf Wedel in einer Auseinandersetzung über die deutsche Politik gegenüber Italien u. a. aus, daß noch in diesem Sommer Herr von Stockhammern auf der spanischen Botschaft in Berlin vorstellig geworden sei, um Erzberger für den Madrider Botschafterposten warm zu empfehlen. Er habe sich dabei auf ein führendes Mitglied des Zentrums berufen. Die Demarche sei so ernst gewesen, daß die Botschaft nach Madrid zu berichten versprochen habe. Eine Antwort ist, soweit Graf Wedel unterrichtet ist, nicht erfolgt. Man scheine sich in Madrid für die Kandidatur des Buddenhäusers nicht erwärmt zu haben. Der Berl. Lokalanz. bemerkt zu der Scheidemannschen Aeußerung: Herrn Erzberger dagegen als Vertreter des Deutschen Reiches nach Madrid zu schicken — das wäre wohl nach Ansicht des Herrn Scheidemann ein Verdienst um Volk und Vaterland. Uns will scheinen, daß das Stillschweigen der spanischen Regierung auf die Empfehlung des Herrn v. Stockhammern die beste Antwort auf dieses Ansinnen darstellt, die sich denken läßt.

In einem Artikel der Hamb. Nachr., gegen den sich die Polemik des Grafen Wedel richtet, war behauptet worden, Erzberger sei seinerzeit von der Regierung nach Rom gesandt worden und es war angedeutet worden, daß er den Fürsten Bülow dort gestört habe. Demgegenüber teilte Graf Wedel mit, daß Erzberger sich die römische Mission selbst zurechtgemacht habe. Fürst Bülow habe Erzberger stark herangezogen. Auch war Erzberger ein täglicher Gast in seinem Hause. Als die Situation in Rom kritisch wurde, habe der Fürst, um Erzberger weiteres Verbleiben zu ermöglichen, ihn der italienischen Regierung offiziell als Attaché der Botschaft angemeldet und das Auswärtige Amt telegraphisch von dem geschehenen Schritte benachrichtigt. Erzberger habe das ihm bewiesene Wohlwollen des Fürsten stets dankbar anerkannt und sich später in Berlin für die Gastfreundschaft revanchiert, sich auch lebhaft für die Kanzlerkandidatur des Fürsten interessiert. Der damalige Abgeordnete Erzberger, schreibt Graf Wedel, der sich mit Eifer in den Dienst des Vaterlandes stellte und auch für eine starke Politik und Kriegführung eintrat, darf mit dem späteren Staatssekretär und Reichsfinanzminister Erzberger nicht verwechselt werden. Der damalige Abgeordnete war nicht nur beim Fürsten Bülow, sondern ebenso beim Reichskanzler, beim Reichsmarineamt, beim Kriegsministerium lange Zeit wohlgelitten. Seine trübe Rolle begann erst 1917.

Die Zwangsanleihe.

Zurzeit wird im Hinblick auf die Notwendigkeit, unser Finanzwesen einigermaßen in Ordnung zu bringen, die Frage einer Zwangsanleihe, und zwar in Verbindung mit dem Reichsnotopfer, lebhaft erörtert. Dazu äußert sich als Sachverständiger in der Deutschen Industrie, die vom Reichsverband der deutschen Industrie herausgegeben wird, dessen Geschäftsführer Dr. Rudolf Schneider in bemerkenswerten Ausführungen, denen wir folgendes entnehmen:

Wie soll die dauernde Gefährdung der Reichsbank und der Währung aus der Welt geschafft werden? Von die Steuern darf man garnicht denken. Hier ist bereits großer Schaden angerichtet worden. Unser Steuerapparat funktioniert nicht. In einer Zeit, da der Brunnen besonders viel Wasser geben sollte, ist man daran gegangen, den Brunnen umzubauen, und Reichsanleihen? Die Spuren der Sparpfenniganleihe vom vorigen Mo-